

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Gewerkschaften auf Kollisionskurs?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1982) : Gewerkschaften auf Kollisionskurs?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135634>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Gewerkschaften auf Kollisionskurs?

Noch vor einigen Jahren glaubte der amerikanische Nobelpreisträger Samuelson etwas erstaunt und neidvoll, in der Bundesrepublik eine Art Wunderwaffe zu entdecken: Die deutsche Wirtschaft halte über alle konjunkturellen Fährnisse hinweg nicht zuletzt darum guten Kurs, weil sich die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik an der Beschäftigung orientierten und namentlich auf Rezessionen mit drastischer Zurückhaltung antworteten. Sind diese Zeiten endgültig vorbei? Mancher wird das bejahen angesichts der hohen Forderungen und bedrohlichen Töne, die für die Tarifrunde 1982 inzwischen aus den syndikalen Schaltstellen an die Öffentlichkeit dringen. In der Tat, 7,5 % Lohnerhöhungen bei einem Produktivitätszuwachs von knapp 2 %, einer Umsatzrendite von vielleicht 1,2 % und bereits 12 000 Konkursen – das hätte etwas Selbstmörderisches an sich. Gewiß macht an der Basis die gegebene Inflationsrate zu schaffen; nichts erscheint „natürlicher“, als „zumindest“ für sie einen Ausgleich zu for-

dern. Und doch hieße das, sich in die eigene Tasche lügen. Ein Lohnausgleich für ein kostenbedingt gestiegenes Preisniveau wirkt mit Sicherheit als Treibsatz für eine morgen noch höhere Inflationsrate. Ebenso ist die Attitüde, innerhalb des Forderungspaketes mit Sockelbetragsverfahren zu arbeiten, die die unteren Lohngruppen überproportional anheben sollen, nur auf den ersten Blick besonders „sozial“. Damit wird nämlich der Preis von Arbeitsplätzen gerade für Ungelernte teurer gemacht, als es ihrem produktiven Beitrag entspricht, und eine veritable Prämie darauf gesetzt, sie an erster Stelle „wegzuerationalisieren“. Und die Masse der Ungelernten unter den Arbeitslosen hätte auf Dauer das Nachsehen.

Natürlich kann niemand erwarten, daß die Gewerkschaften alleine die Kartoffeln aus dem Feuer der verfahrenen ökonomischen Lage herausholen. Der größere Sündenbock befindet sich sicherlich aufseiten der öffentlichen Hand und ihrer Finanzpolitik. Wäre der Staatshaushalt rechtzeitig und beherzt konsolidiert und dabei vor allem die konsumtiven Ausgaben zugunsten der Investitionen beschnitten worden, stände das gesamtwirtschaftliche Barometer schon heute anders. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, sollten die Gewerkschaften den staatlichen Sanierungsversuchen nicht auch noch Sand ins Getriebe streuen, indem sie alles an den sogenannten Leistungsgesetzen als sozialen Besitzstand deklarieren und, wie im Postsektor geschehen, die geplanten bescheidenen Stellenbeschränkungen schlicht boykottieren. Freilich dürfen sich die Staatslenker ihrerseits nicht wundern, wenn ihre Ankündigung, die bereits gehaltenen Einkommen im öffentlichen Dienst direkt zu senken, bei den Gewerkschaften auf erbitterten Widerstand stößt; so etwas macht man verfahrensgerecht gelegentlich der anstehenden Lohnrunde.

Gleichwohl, erst eine abnehmende Staatsverschuldung und eine vernünftige Lohnpolitik zusammen genommen erlauben es dann auch der Notenbank, ihre Zinspolitik handfest aufzulockern. Es hat wenig sachlichen Sinn, im Verein mit einigen Bundestagsabgeordneten sie zum alleinigen Prügelknaben machen zu wollen. Auch wäre mit einem „Beschäftigungsprogramm“ über öffentliche Zusatzausgaben aus naheliegenden Gründen wenig gewonnen. Statt etwa in die Trickkiste zu greifen und die staatliche Bank für Wiederaufbau Kredite aufnehmen zu lassen, um sie nach Regierungsplan als unternehmerische Finanzhilfen auszuteilen, was nicht nur ein ausnehmend bürokratisches Verfahren, sondern auch nach parlamentarischen Spielregeln problematisch ist, bleibt eine gezielte Steuersenkung zur Investitionsförderung vorzuziehen, die unmittelbar und allgemein wirkt. Daß so etwas auch der Sachverständigenrat vorschlägt, sollte Gewerkschaftsfunktionäre nicht in ominösen verteilungspolitischen Verdäkten bestärken und gegen die Maßnahme einnehmen.

Bleiben schließlich Äußerungen von Gewerkschaftsseite, daß man das System der Marktwirtschaft insgesamt in Frage stelle, so wie sie kürzlich auf dem Jugendkongreß des DGB mit Vehemenz getan wurden, aber auch sonst anklagen. Fast kann man das verstehen, wenn es gilt, von einer Situation abzulenken, die für die traditionellen gewerkschaftlichen Erfolgsziele alles andere als rosig ist. Indes, Zweifel sind erlaubt, daß sich hier ein genereller Richtungswechsel anbahne. Dafür wissen die Funktionäre zu gut, daß – nach dem Wort eines ihrer amerikanischen Kollegen – die Gewerkschaften die Marktwirtschaft brauchen wie der Fisch das Wasser. Und den deutschen Arbeitnehmern zeigt jeder Blick über die Grenze, daß sie bislang auf diesen Wassern gut gefahren sind.